

Gesundheits- und Spitalswesen

Gesundheitswesen (MA 15)

1. Organisatorisches

Die Tätigkeitsbereiche der Abteilung wurden von 27 Referaten und 19 Bezirksgesundheitsämtern (zusammengefasst in 7 Dezernaten) und 4 Stabsstellen (Personal- und Organisationsentwicklung, Controlling, Interne Revision, Medizinische Qualitätssicherung/Public Health) durchgeführt.

In der Abteilung wurden im Berichtszeitraum weitere wesentliche Schritte zur Umsetzung des New Public Management gesetzt. Im Bereich der Personalentwicklung konnte eine Sicherstellung der Objektivität bei Personalentscheidungen (durch systematische Personalauswahlverfahren) und die Teilnahme der MitarbeiterInnen an bedarfsorientierten Seminaren und Workshops (v. a. zu Themen wie Führungsverhalten, Zielvereinbarungen, Mitarbeiterorientierungsgespräche) erreicht werden. Die Entwicklung eines Leitbilds für die Abteilung und eine Befragung der MitarbeiterInnen waren zudem Meilensteine im Bereich der Organisationsentwicklung der MA 15.

Mit Stand 31. 12. 2000 waren 491 vollbeschäftigte und 372 teilbeschäftigte Bedienstete im Personalstand, darunter 299 Ärzte.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 14. Dezember 2000 wurde der „Fonds Soziales Wien – Suchtprävention und Koordination der Suchtkrankenhilfe“ errichtet. Mit der Errichtung dieses Fonds sollen neue Rahmenbedingungen für Maßnahmen der Suchtprävention geschaffen werden und die Maßnahmen zur Beratung und Betreuung Suchtgefährdeter und Suchtkranker verbessert werden. Das Dezernat V (Suchtprävention und medizinische Drogenangelegenheiten) wurde mit 31. 12. 2000 zum größten Teil aufgelöst, die Aufgaben wurden durch den Fonds übernommen; lediglich die behördlichen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Suchtmittelgesetz werden weiterhin durch die MA 15 wahrgenommen.

2. Behördliche Aufgaben

Gesundheitsamt

- **Impfungen**

Das seit Oktober 1998 umgesetzte Wiener Impfkonzept dient der Verbesserung der Durchimpfung von Kindern bis zum 15. Lebensjahr mit allen den vom Obersten Sanitätsrat allgemein empfohlenen Impfungen.

- **Infektionskrankheiten**

Die Bekämpfung der Infektionskrankheiten nahm im Jahr 2000 im Wesentlichen einen unproblematischen Verlauf.

Im Jahr 1999 hat das zuständige Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Länder mit der Koordination von erforderlichen Maßnahmen bei Auftreten von viralen haemorrhagischen Fiebrern und Lungenpest beauftragt. Im Berichtsjahr wurde von der MA 15 daher ein Arbeitskreis ins Leben gerufen, der sich mit dem diesbezüglichen Infektionsschutz des medizinischen Personals sowie dem Transport und der Versorgung der Patienten mit diesen Erkrankungen befasste.

- **Sexuell übertragbare Krankheiten**

Das Ambulatorium zur Diagnose und Behandlung sexuell übertragbarer Krankheiten (STD-Ambulatorium) hat den steigenden Zahlen der Syphilis in Wien und der großen Zahl nicht registrierter Prostituiertes durch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit und durch den Aufbau einer niederschweligen Betreuung sexuell Erwerbstätiger mittels aufsuchender Sozialarbeit auch während der Nachtstunden Rechnung getragen.

Ein **neues Serviceangebot**, vor allem für Migrantinnen, ist die von Mitarbeiterinnen des Vereins LEFÖ (Lateinamerikanische Emigrierte Frauen in Österreich) im STD-Ambulatorium angebotene **muttersprachliche Beratung**, basierend auf kultureller Mediation.

- **Apotheken, Krankenanstalten**

Im Rahmen der sanitären Aufsicht über Krankenanstalten und Sanitätsberufe in Wien wurden im Jahr 2000 vor allem Überprüfungen von bettenführenden Krankenanstalten forciert durchgeführt.

Rechtsangelegenheiten

Der Abteilung obliegen Rechtsangelegenheiten in den Bereichen Sanitätsrecht, Sozialversicherung und Sozialrecht sowie Angelegenheiten des Arbeitsrechts, soweit hierfür nicht andere Dienststellen zuständig sind.

Tätigkeiten im Rahmen des Sanitätsrechts

Schwerpunkte sind vor allem Verfahren nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz und die damit im Zusammenhang stehenden Verfahren (Arbeitnehmerschutz, Strahlenschutz). Weiters werden Verfahren nach dem Apothekengesetz,

dem Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz, dem Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz sowie Berufungsverfahren und sonstige Ärzteangelegenheiten nach dem Ärztegesetz 1998 und Verfahren betreffend Krankenpflegepersonen, Hebammen und Dentisten durchgeführt. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt ist die Koordination der Begutachtung von einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen.

Verfahrensbeschleunigung

Zur einfacheren Gestaltung von Verwaltungsverfahren nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz, dem Wiener Heilvorkommen- und Kurortegesetz und dem Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz wurde ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der demnächst dem Wiener Landtag zur Beschlussfassung zugeleitet wird.

Stiftung zur Förderung der Bekämpfung der Tuberkulose und anderer Lungenerkrankungen

Bisher konnten aufgrund der Satzung ausschließlich wissenschaftliche Tätigkeiten und Projekte im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Tuberkulose gefördert werden. Nach den nunmehr geänderten Satzungen ist die Förderung von wissenschaftlichen Tätigkeiten und Projekten auch für andere Lungenerkrankungen möglich.

Begutachtungen

Durch Amtssachverständige verschiedener medizinischer Fachrichtungen werden sowohl für Behörden I. als auch II. Instanz Sachverständigengutachten entsprechend dem Standard zertifizierter Gerichtsgutachter erstellt.

- In der **Amtsärztlichen Untersuchungsstelle** werden Begutachtungen im Auftrag zahlreicher magistratsinterner und externer Behörden mit einer breit gefächerten Fragestellung – Dienstfähigkeitsüberprüfungen, Begutachtungen nach dem UFG (Unfallfürsorgegesetz 1967), im Auftrag des UVS (Unabhängigen Verwaltungssenates), Untersuchungen gemäß Behinderteneinstellungsgesetz und Führerscheingesetz II. Instanz, amtsärztliche Zeugnisse und viele mehr – durchgeführt. Im Vordergrund standen die Gutachtenserstellungen im Rahmen der Dienstfähigkeit. Insgesamt wurden über 10.000 Einzelleistungen erbracht. Im Rahmen der § 31 Absatz 2 DO 94-Untersuchungen konnte ein effizienzsteigerender neuer Ladungsmodus etabliert werden, die Renovierung der Räumlichkeiten der Untersuchungsstelle brachte einen deutlichen Anstieg der KlientInnenzufriedenheit und damit einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Verbesserung des Bürgerservices.
- Auch bei der **psychiatrischen, neurologischen und psychologischen Begutachtung** war die Beurteilung der Dienstfähigkeit die Haupttätigkeit.
- Neben orthopädischen Begutachtungen für die amtsärztliche Untersuchungsstelle wurden von dem Referat für **orthopädische Angelegenheiten** vor allem Gutachten zu Verfahren nach § 29b STVO (Begünstigungen zum Parken für gehbehinderte Personen) und Gutachten für die MA 12 (Sozialhilfe, Behindertenhilfe, Fahrtendienst) und MA 47 (Heilbehelfe) durchgeführt. In den Wiener Schulen werden routinemäßig prophylaktische Reihenuntersuchungen durch Fachärzte für Orthopädie durchgeführt.
- Weiters wurden ärztliche Gutachten zum Bezug von **Pflegegeld** erstellt, die als Grundlage zur Einstufung in die 7 Kategorien des Wiener Pflegegeldgesetzes dienen.
- Die **Physikalisch-Technische Prüfanstalt** ist ab 15. Juli 2000 akkreditierte Prüf- und Überwachungsstelle. Insgesamt wurden im Jahr 2000 in den Fachbereichen Radiologie, Elektromedizin und Personendosimetrie ca. 100.000 Einzelleistungen erbracht.
- Das **Institut für Umweltmedizin der Stadt Wien** ist in Wasseruntersuchungen eingebunden. Das Probenspektrum umfasst Trinkwasser, Grundwasser, Oberflächenwasser, stehende und fließende Gewässer, Badewasseruntersuchungen, Abwässer, Klärschlämme, Dialysewässer, Injektabila nach AMG etc. Das Institut leistet zusätzlich Arbeiten in den Bereichen Radiologie, Schwermetallanalytik, Toxikologie, Legionellen- und Salmonellendiagnostik, Tuberkulosedagnostik, Umweltvirologie, Krankenhaushygiene sowie Sterilisatorenüberprüfung.
Die Umweltmedizinische Begutachtungs- und Beratungsstelle ist eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger für umweltmedizinisch relevante Fragen wie feuchte Wohnungen, Lärm, elektromagnetische Strahlung etc.
Das Institut für Umweltmedizin befindet sich im Endstadium des Akkreditierungsverfahrens.

Bezirksgesundheitsämter

In den 19 Bezirksgesundheitsämtern fanden im Berichtsjahr ca. 500.000 Klientenkontakte statt. Dabei wurden etwa 110.000 Impfungen verabreicht.

Grippe-Informationssystem

Der seit dem Jahr 1971 im Gesundheitsamt der Stadt Wien als „Grippe-Informationssystem“ etablierte Meldedienst wurde 2000 unter Mitwirkung von 32 Meldepraxis-Ärzten in Zusammenarbeit mit der Wiener Gebietskrankenkasse und dem Stadtschulrat für Wien weitergeführt.

3. Gesundheitsdienste

Die Abteilung leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung und Bewahrung der Gesundheit der Gesamtbevölkerung durch Gesundheitsvorsorge und Beratung. Vor allem wichtig ist die Erbringung von Beratungsleistungen im persönlichen Kontakt mit den Menschen, der Dienst am Bürger. Hier steht die Erbringung von Serviceleistungen für breite Bevölkerungsgruppen im Vordergrund:

- Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind
- Zahngesundheit für Kinder und Jugendliche
- Gesundheitsvorsorge im Schulalter/schulärztlicher Dienst
- Gesundheitsvorsorge für Erwachsene
- Gesundheitsberatung zu Schwerpunktthemen (Pollenallergie, Ernährung, Rauchen, Umweltreize – Wetterfühligkeit)
- Impfungen für Reisende.

Im Berichtsjahr wurden mehr als 750.000 Beratungs- und Betreuungsleistungen für die Wienerinnen und Wiener erbracht. Durchschnittlich nimmt also jede zweite Person in Wien einmal jährlich eine Dienstleistung der Gesundheitsdienste der Abteilung in Anspruch.

Im Rahmen der Umwandlung der Jugendzahnklinik in eine Institution mit dem Schwerpunkt Kariesprophylaxe konnte die Beratungs- und Behandlungstätigkeit in diesem Bereich erhöht werden.

Das ärztliche Beratungs- und Betreuungsangebot z. B. der Elternberatungsstellen, der Jugendzahnklinik und des schulärztlichen Dienstes gilt der medizinischen und psychohygienischen Prophylaxe im Kindes- und Jugendalter. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Magistratsabteilungen und Einrichtungen gelingt es, auch soziale Randgruppen zu erreichen, wodurch die gesundheitliche Basisbetreuung dieser Alters- und Zielgruppe sichergestellt wird. Die Wiener Gesundheitsberatung hat ihre erfolgreiche Kooperation mit dem Ernährungsservice der MA 38 weiter intensiviert.

Im Rahmen der Wissenschaftskoordination wurden epidemiologische Basisdaten in Kooperation mit der Universität Wien aufgearbeitet. Die Abteilung hat am Entstehen der Gesundheitskooperation Wien–Bratislava und damit an der Umsetzung bilateraler EU-Projekte maßgeblich mitgewirkt.

4. Suchtprävention

• Informationsstelle für Suchtprävention (ISP)

Im Berichtsjahr ergab sich eine Schwerpunktverlagerung zu Projekten mit wissenschaftlicher Evaluation.

• Behördliche und Medizinische Drogenangelegenheiten

Die Zahl der Begutachtungen von Personen, die nach dem Suchtmittelgesetz angezeigt wurden, hat sich erhöht.

• Spitalsverbindungsdienst CONTACT

Die Kontakte mit betreuten Drogenabhängigen, die sich in Spitalsbehandlung befinden, sind vor allem bei Patienten über 40 Jahre angestiegen.

Betreuung zu Hause (MA 47)

Die MA 47 ist Teil des Gesundheitswesens und ist für die Bereitstellung gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Hilfe für pflege- und betreuungsbedürftige Personen aller Altersgruppen zuständig.

Naturgemäß liegt der Schwerpunkt bei den älteren Wienerinnen und Wienern. Die rechtliche Grundlage sind das Wiener Sozialhilfegesetz (WSHG) und das Wiener Heimhilfegesetz (WHHG).

Das WSHG normiert einen Rechtsanspruch der Pflege im Rahmen der Sicherung des Lebensbedarfs und das Angebot und die Organisation Sozialer Dienste als Kannleistung im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung des Sozialhilfeträgers. Mit beiden Aufgaben, sowohl der Aufgabe der Bereitstellung der Pflege als auch der Bereitstellung der Sozialen Dienste, ist die Abteilung nach der Geschäftseinteilung betraut. Für diesen Zweck budgetiert die Abteilung rund ATS 4,2 Mrd. jährlich. Die Budgetverantwortung bedingt die strategische Steuerung der Aufgabenbereiche. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden den politischen Vorgaben entsprechend verteilt. Die Durchführung der Leistung obliegt weitgehend privaten Wohlfahrtsorganisationen, die über Vertragsverhältnisse mit der Abteilung verbunden sind und für die von der Abteilung beauftragten Leistungen Kostenersätze erhalten.

Nur ein geringer Teil der Dienstleistungsangebote wird von der Abteilung durch eigenes Personal bereitgestellt. Die Eigenleistung betrifft den Bereich Mobile Gesundheits- und Krankenpflege der Stadt Wien, für die den Bestimmungen des ASVG gemäß ein Vertrag mit den Krankenversicherungsträgern den Kostenersatz regelt. Weiters werden von der Abteilung Geriatrische Tageszentren, vorwiegend in Verbindung mit stationären Pflegezentren des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV), betrieben. Eine Kernaufgabe der Abteilung besteht darin, den Bedarf der Leistungen der privaten Organisationen oder der Abteilung zu prüfen bzw. dem Bedarf entsprechend zu organisieren und die Anspruchsberechtigungen der Zielvorgabe „soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie nötig“ entsprechend zu ermitteln und zuzuerkennen.

Darüber hinaus wurde eine für Akutmaßnahmen zuständige Vorfeldorganisation aufgebaut, um kurzfristig – insbesondere bei Gefahr im Verzug – Dienstleistungen schon vor der regulären Pflege und Betreuung anbieten zu können.

Die Bedarfsprüfung und Vorfeldorganisation der Hilfeleistungen erfolgen dezentral. Anlaufstellen sind die jeweils für durchschnittlich rund 150.000 Einwohner zuständigen Gesundheits- und Sozialzentren, die die Beratung, Bedarfsprüfung und Erstversorgung organisieren. Darüber hinaus werden in den Gesundheits- und Sozialzentren eine Reihe von Bezirks- und Regionsaktivitäten gesetzt, um dem spezifischen, demografisch bedingten Bedarf entsprechen zu können.

Das WHHG regelt den Betrieb der Heimhilfe, welche durch private Organisationen angeboten wird. 96 % aller in dieser Form erbrachten Heimhilfeleistungen werden durch die Abteilung beauftragt.

Die Gesundheits- und Sozialzentren

In Betrieb sind die Gesundheits- und Sozialzentren Donauefeld für die Bezirke 21 und 22, Leopoldstadt/Brigittenau für die Bezirke 2 und 20, Favoriten für den 10. Bezirk, Geibelgasse für den 14. und 15. Bezirk und Ottakring/Hernals für die Bezirke 16 und 17. Im Herbst 2001 wird das Gesundheits- und Sozialzentrum für den 12., 13. und 23. Bezirk eröffnet. In Planung ist ein Gesundheits- und Sozialzentrum für die Bezirke 3 und 11.

Gesundheits- und Sozialzentrum Donauefeld

Das Kooperationsübereinkommen zwischen dem Gesundheits- und Sozialzentrum und dem Donauespital für eine elektronische Vernetzung wurde weiter ausgebaut. Die elektronische Übermittlung der Informationen der für die Spitalsentlassung vorgesehenen Patienten wurde weitgehend umgesetzt. Der Bau des im Sozialmedizinischen Zentrum Floridsdorf integrierten Geriatrischen Tageszentrums wurde begleitet, eine Servicestelle im Sozialmedizinischen Zentrum Floridsdorf organisatorisch und personell vorbereitet. Zahlreiche Öffentlichkeitsveranstaltungen, gemeinsam mit dem Bezirk, wie auch interne Schulungen, Arbeitskreise und Kurse in den Räumen des Gesundheits- und Sozialzentrums wurden abgehalten.

Gesundheits- und Sozialzentrum Leopoldstadt/Brigittenau

Die Übergabe des Gesundheits- und Sozialzentrums vom Bauträger an die Abteilung fand Mitte Dezember 2000 statt, der Vollbetrieb wird nach der für Mitte März 2001 vorgesehenen Eröffnung aufgenommen werden. Vorbereitet wurde 2000 eine Kooperation der in den Bezirken 2 und 20 vorgesehenen EU-Projekte und eine Koordinationsstelle hierfür eingerichtet. Das Gesundheits- und Sozialzentrum setzt mit der Eröffnung ein Pilotprojekt der organisatorischen Integration der Fachbereiche Mobile Gesundheits- und Krankenpflege und Mobile Pflege und Betreuung – Soziale Dienste um.

Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten

Das Gesundheits- und Sozialzentrum hat im Juni 2000 sein fünfjähriges Bestehen gefeiert. Zum gleichen Zeitpunkt wurde auch das Internetcafe für SeniorInnen im Zentrum in Betrieb genommen. Seit März 2000 wird einmal wöchentlich Seniorenberatung für MigrantInnen angeboten. Im November 2000 wurde das Angebot der Mobilien Ergotherapie erweitert. Veranstaltungen, Kurse und Schulungen bezirksbezogen und darüber hinaus wurden in den Räumen des Gesundheits- und Sozialzentrums abgehalten.

Gesundheits- und Sozialzentrum Geibelgasse

Nach Beendigung des EU-Projekts „Senior-Plus“ wurde im Jahr 2000 in den gegenüber dem Zentrum adaptierten Räumen eine niederschwellige Beratungs- und Servicestelle „Beratung am Eck“ eingerichtet. Nach einer mehrmonatigen organisatorischen Vorbereitung und intensiver Öffentlichkeitsarbeit wurde diese Beratungs- und Servicestelle im Oktober 2000 offiziell eröffnet.

In Verbindung mit dem Hanusch-Krankenhaus wurden von der Stadt Wien und dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger eine Machbarkeitsstudie für ein Modellprojekt „Patientenorientierte integrierte Krankenbetreuung“ durchgeführt, an dem das Zentrum teilgenommen hat. Zur Verbesserung des Entlassungsmanagements wurde die Kooperation zwischen dem Gesundheits- und Sozialzentrum und dem Kaiserin-Elisabeth-Spital intensiviert.

Gesundheits- und Sozialzentrum Ottakring/Hernals

In diesem Gesundheits- und Sozialzentrum wurde eine Migrantinnenberatung eingerichtet, Startveranstaltungen für Frauengesundheitsprojekte durchgeführt, eine Schlaganfallselbsthilfegruppe von Betroffenen und Angehörigen eingerichtet, ein Beckenbodengymnastikkurs begonnen und ein Intensivbetreuungsprojekt im Rahmen des Besuchsdienstes gestartet. Durch eine weitere mobile Ergotherapeutin wurde das Angebot in der Region erhöht.

Geriatrische Tageszentren

Fünf Tageszentren werden von der Abteilung, fünf weitere von privaten Trägerorganisationen organisiert. Die Ziele der Geriatrischen Tageszentren sind die Erhaltung der Lebensführung außerhalb der stationären Einrichtungen – auch bei Pflegebedarf und die Erfüllung von körperlichen, geistigen, psychischen und sozialen Bedürfnissen. Der Erhalt der Lebensqualität im hohen Alter werden durch individuelle Beratung, Unterstützung, Begleitung und Therapie, persönliche Hilfe, verschiedene kreative therapeutisch-kommunikative Gruppenprogramme und vielfältige Gelegenheiten zu Kontakten erreicht. Damit sind beispielsweise folgende Angebote verbunden: Abholdienst von der Wohnung ins Tageszentrum und zurück, Hilfe bei der Körperpflege inklusive Bad, 3 Mahlzeiten pro Tag, spezielle Hilfen für desorientierte Personen (demente und Alzheimerpatienten), Beratung der Angehörigen etc. Die Programme sind therapeutisch orientiert und streben die Erhaltung der Fähigkeiten der BesucherInnen und das Wecken zusätzlicher potenzieller Interessen und Ziele der Besucher an. Das Programm des Tageszentrums hat vorbeugenden Charakter, weil die geistige und körperliche Auseinandersetzung und der damit verbundene Wille zu Aktivitäten und sozialen Kontakten die Pflegebedürftigkeit verhindert oder zumindest hinauszögert.

Sozialarbeit in Krankenanstalten

Im Rahmen der Neustrukturierung der Sozialarbeit an Krankenanstalten wurde ein Konzept für interdisziplinär besetzte Servicestellen der Abteilung an Krankenanstalten erarbeitet. Die Grundlage hierfür bilden die Ergebnisse des Kooperationsübereinkommens zwischen der Abteilung und dem Wiener Krankenanstaltenverbund einerseits und die Erkenntnisse des seit drei Jahren erfolgreich laufenden Projekts der Servicestelle im Wilhelminenspital andererseits.

Sozialarbeit in Pflegeheimen

Sie setzt sich insbesondere mit der Lebensqualität der PflegeheimbewohnerInnen auseinander. In Verbindung mit einer Neuorientierung und Neukonzeption der Servicestellen in den Pflegeheimen wird auch an Vorschlägen für eine zukünftige Qualitätssicherung gearbeitet. Eine Arbeitsgruppe hat auch entsprechende Vorschläge zur Vorbereitung der Kodifizierung von Patientenrechten unterbreitet.

Der schrittweise Ausbau der Sozialarbeit in den Gesundheits- und Sozialzentren ist in Umsetzung. Schwerpunkte der Aufgaben bilden die Mitarbeit im interdisziplinären Assessmentprozess, die Beratung und Betreuung von Klienten in schwierigen, belasteten oder problematischen Lebenssituationen (Krisenintervention bzw. Social engineering), die Angehörigenberatung sowie verschiedene Leistungen zur Prävention. Unter der Leitung der Sozialarbeit in den Gesundheits- und Sozialzentren wird die Seniorenberatung in Kooperation mit privaten Wohlfahrtsorganisationen durchgeführt. Hauptaufgaben der Seniorenberatung sind die Prävention und die Kundeninformation.

Der Kontaktbesuchsdienst „neu“ wurde bezirksweise ausgebaut. Die alte Organisationsform ist Ende des Jahres 2000 ausgelaufen. In 19 Bezirken Wiens wird der Kontaktbesuchsdienst „neu“ angeboten. In den Bezirken 16, 17, 19 und 23 wird an dessen Einführung gearbeitet. Das EDV-Programm für eine bezirksbezogene Organisation des Kontaktbesuchsdienstes wurde fertig gestellt.

Mobile Gesundheits- und Krankenpflege

Dem Fachbereich obliegt die fachliche und organisatorische Aufsicht sowie die Durchführung jener Tätigkeiten, die durch das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) geregelt sind. Zu den Aufgaben zählen die professionelle Pflege, Beratung, Anleitung und Schulung der Patienten zur Erfüllung des Selbstpflegebedarfs, weiters die Beratung der Angehörigen und anderer Bezugspersonen – zur aktiven Mitwirkung der Patienten und seiner Angehörigen am Genesungsprozess. Die Arbeit nach dem Pflegeprozessmodell wurde in allen Außenstellen etabliert. Ein wesentlicher Bestandteil davon sind die Pflegediagnosen. Sie sind bei bestehenden potenziellen Gesundheitsproblemen ein Teil der Einschätzung und der Problemidentifizierung. Die Pflegedokumentation wird in Form der Pflegeplanung mit Ziel und Ressourcenformulierung durchgeführt und die Pflegewirkung dadurch nachprüfbar gemacht. Mit der Umsetzung dieser Qualitätssicherung wurde begonnen.

Mobile Pflege und Betreuung – Soziale Dienste

Im Gegensatz zur Hauskrankenpflege ist dieser Bereich auf die dauernde oder langfristige Bereitstellung von Pflege- und Betreuungsleistungen ausgerichtet, die ganzheitlich durch die verschiedenartigsten sozialen Dienste angeboten werden. Die Organisation erfolgt über die eingangs erwähnten Gesundheits- und Sozialzentren. Die Einzelbeauftragungen erfolgen dezentral durch diplomiertes Personal. Der Beauftragungsumfang im Einzelnen erfolgt EDV-unterstützt und wird auch EDV-unterstützt kontrolliert. Deutlich ist die Verlagerung der Problemstellung, die u. a. durch den zunehmend hohen Anteil höherer Pflegestufen bei den Patienten und Betreuten sichtbar wird. Es folgt daraus eine Intensivierung der Einzelangebote und ein Ausbau der Hauskrankenpflege bei den privaten Wohlfahrtsorganisationen. Die beauftragten sozialen Dienste sind nichtmedizinische Hauskrankenpflege, Heimhilfe, Reinigungsdienst, Besuchsdienst, Wäschepflegedienst, Essen auf Rädern, Ergotherapie, Familienhilfe und Kinderpflege.

Gleich wichtig wie die Beauftragung privater Wohlfahrtsorganisationen ist das Vorfeld der Beratung und die Vermittlung und Koordination von Dienstleistungen, die über das Angebot der Sozialen Dienste hinausgehen wie z. B. die Kooperation mit dem Psychosozialen Dienst der MA 15, den Magistratischen Bezirksämtern, den niedergelassenen Ärzten usw. Dieser Kooperationsbedarf entsteht dadurch, dass der Patient bzw. Betreute nur noch eingeschränkt in der Lage ist, die Organisation der – zum Teil sehr verstreuten – Dienstleistungen zu koordinieren. Damit in Verbindung steht auch die in der Abteilung eingerichtete externe Qualitätssicherung. Die Beauftragung der privaten Wohlfahrtsorganisationen im Einzelfall muss durch die Sicherstellung der Qualität der Leistung der privaten Träger ergänzt werden. Die wichtigste formale Handhabe dazu ist das WHHG, das u. a. zwingend eine Aus- und Fortbildung der MitarbeiterInnen dieser Berufsgruppe vorsieht. Darüber hinaus gibt das Gesetz die Möglichkeit für eine organisatorische und fachliche Überprüfung der Einsatzorganisation, der Qualifikationsnachweise, der Fortbildungsnachweise und der Betriebsmittel.

Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime

Die Abteilung wird als Sozialhilfeträger tätig, der die Pflege als Teil des Lebensbedarfs zu sichern hat. Pflege wird in Wien primär in Form der Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime gewährt. Voraussetzung der Aufnahme ist eine Prüfung des Pflegebedarfs, der Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers und der finanziellen Mittel des Pflegebedürftigen. Die Prüfung der Pflegebedürftigkeit ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Abteilung auch über die breite Palette der ambulanten Pflegemöglichkeiten verfügt und daher dem Pflegebedürftigen eine Entscheidungshilfe gibt, welche Form der Pflege angemessen ist. Die Aufnahme in ein Pflegeheim erfolgt dann, wenn die Betreuung durch die ambulanten Dienste nicht mehr ausreichend gewährleistet werden kann. Der Bürger hat die Möglichkeit sich an einer Stelle über die städtischen und privaten Einrichtungen zu informieren, Beratung in Anspruch zu nehmen und bei Bedarf die vorliegenden Maßnahmen für die Aufnahme in das gewünschte Heim zu beantragen bzw. eine Information und Beratung über das ambulante Betreuungsangebot der Abteilung in Anspruch zu nehmen. Die Berücksichtigung der speziellen Angebote wie Kurzzeitpflege, Urlaubsbetreuung und Hospiz wird nach Bedarf koordiniert.

SozialRuf Wien

Der SozialRuf bietet telefonische Erstberatung in Problemsituationen an, er veranlasst Hilfsmaßnahmen, wie z. B. den Einsatz Sozialer Dienste und der pflegerischen Notversorgung. Weitere mögliche Hilfen sind sozialarbeiterische Beratung und Akutintervention sowie telefonische Krisenintervention für Menschen in akuten Lebenskrisen einschließlich der Soforteinweisung ins Pflegeheim.

Besonders hervorzuheben ist, dass seit November 2000 über den SozialRuf Wien eine Informationsdatenbank unter der Bezeichnung „Sozialinfo Wien“ auch im Internet angeboten wird (<http://sozialinfo.wien.gv.at>). Diese Datenbank listet alphabetisch geordnet wichtige Stichwörter auf. Die Datenbank ist jederzeit abrufbar.

Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime

Das WSHG ermächtigt und verpflichtet den Sozialhilfeträger zur Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime. Diese Aufsicht wurde im Berichtszeitraum 2000 durch eine personelle Aufstockung wesentlich ausgebaut. Ziel der Aufsicht ist die Beurteilung der Qualität der ärztlichen, fachpflegerischen und betreuungsmäßigen Versorgung der Wohn- und Pflegeheime. Dabei werden die Organisation des Pflegebereichs, die pflegerische, therapeutische und ärztliche Versorgung, die Fortbildungsprogramme, der Personalstand und der Einsatz der Pflege- und Betreuungspersonen erfasst. Ein Entwurf des Heimhilfegesetzes dazu wurde vorbereitet. Desgleichen nimmt die Abteilung an der Diskussion über ein Bundesheimvertragsgesetz teil.

Interne Dienstleistungen

Die Abteilung hat zur Weiterentwicklung der Aufgabenstellungen eine neue Projektorganisation geschaffen, die die einzelnen Projekte der Organisationsentwicklung in der Abteilung koordinieren soll. Zu diesen Projekten zählen die Neuordnung der Pflegeleistungen in der Abteilung mit dem Ausbau der medizinischen Hauskrankenpflege und die der Vereinheitlichung der beiden Fachbereiche Mobile Gesundheits- und Krankenpflege und Mobile Pflege und Betreuung – Soziale Dienste unter Neudefinition der Beziehung der Abteilung zu den privaten Wohlfahrtsorganisationen, welche in der Folge die nichtmedizinische Langzeitpflege übernehmen sollen, die Kooperation mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund auf der operativen Ebene der Ablauforganisation zwischen den Anstalten und den ambulanten Diensten mit EDV-Vernetzung und die Kooperation zwischen den Langzeitpflegediensten und der stationären Pflege in den städtischen Pflegeheimen.

Großer Wert wurde im abgelaufenen Verwaltungsjahr auf die Fort- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen gelegt. Hiefür wurde eine eigene Stabsstelle geschaffen. In Zusammenarbeit mit dem seit 1999 bestehenden Bildungsbeirat der Abteilung wurde ein Fort- und Weiterbildungsprogramm entwickelt und umgesetzt. Für 2001 wurde mit einem alle MitarbeiterInnen umfassenden Einschulungsprogramm begonnen. Das Ziel wird eine koordinierte Orientierung an einem gemeinsamen Konzept – eingebunden in die Gesamtorganisation der Stadt Wien – sein.

Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien (MA 70)

1. Eröffnungen und Inbetriebnahmen

Am 9. März 2000 erfolgte der Spatenstich für den Neubau der Rettungszentrale Nebengebäude (Gesamtkosten ATS 140 Mio., geplante Fertigstellung 15. Juni 2001).

Bereits am 6. September 2000 wurde die Dachgleichenfeier gefeiert.

Der Zubau und die Generalsanierung der Rettungsstation Penzing mit Gesamtkosten von ATS 35,9 Mio. wurde am 26. Mai 2000 genehmigt.

Die Rettungsstation Aspern ging nach erfolgter Generalsanierung am 12. April 2000 wieder in Vollbetrieb.

Die flächendeckende Versorgung der Wiener Bevölkerung konnte mit der Errichtung von Stützpunkten im Geriatriezentrum Wienerwald und auf dem Messegelände wesentlich verbessert werden.

2. Wesentliche Maßnahmen zur quantitativen und qualitativen Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Aufgabenerfüllung

12 neue Einsatzfahrzeuge (9 Notarztwagen, 3 Rettungswagen) im Gesamtwert von ATS 19 Mio. wurden in Betrieb genommen.

Eine wesentliche medizinisch-technische Verbesserung wurde mit der Anschaffung von 13 Defibrillatoren im Gesamtwert von ATS 1,8 Mio. erreicht.

Für eine zeitgemäße EDV-Administration, nicht zuletzt bedingt durch die Umstellung auf Euro im Jahr 2002, wurde der Beschluss zur Einführung des Programms SAP gefasst und eine Projektgruppe für die Einführung 2001 installiert.

Die MA 70 ist im Rahmen ihres Wirkungsbereichs zur eigenverantwortlichen Umsetzung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes verpflichtet und in Erfüllung dieses Gesetzes wurde ein Präventivdienst eingerichtet und Sicherheitsvertrauenspersonen bestellt.

Mit der Einstellung der Krankenbeförderung ab 1. Jänner 2000 wurde eine wesentliche Stärkung des Notarztbetriebs bewirkt.

Es wurde ein neues Transportscheinsystem „AMBAS“ erarbeitet, das bereits im Hinblick auf die neue Leitstelle konzipiert wurde.

3. Allgemeines

Am 21. und 22. September 2000 fand der 6. Internationale Notfallkongress der Wiener Rettung statt.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 156.409 Einsätze gefahren, von denen auf die befreundeten Organisationen Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund und Johanniter 19.431 Einsätze und auf die MA 70 136.978 entfielen. Dies entspricht gegenüber 1999 (150.367) einer Steigerung von 6.042 Einsätzen. Dabei wurden 1.647.083 km zurückgelegt.

Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L)

Die Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L) agiert im **öffentlichen Gesundheitsdienst als strategische Grundsatzabteilung**, die hauptsächlich an der Entwicklung von langfristigen Konzepten im Gesundheitsbereich beteiligt ist bzw. diese einleitet und beratend eingreift. Darüber hinaus steht die MA-L auch in tagesaktuellen Fragestellungen der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe für Gesundheits- und Spitalswesen, verschiedenen Institutionen sowie Privatpersonen beratend zur Seite. Laut Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien (GEM) ist die Abteilung insbesondere mit den Aufgaben der Landessanitätsdirektorin, wie z. B. Wahrnehmung des Vorsitzes oder der Mitgliedschaft in zahlreichen Gremien und medizinisch-fachliche Beratung in allen das Land Wien betreffenden wichtigen Gesundheitsfragen, sowie im weitesten Sinne mit Angelegenheiten der umfassenden Gesundheitsplanung befasst.

Der Dienstpostenplan der MA-L umfasste im Berichtsjahr 23 Dienstposten, davon 7 ÄrztInnen, 3 Soziologinnen und 2 weitere AkademikerInnen.

Die MA-L besteht aus einem Dezernat I – Medizinische Angelegenheiten und einem Dezernat II – Gesundheitsplanung. Die Aufgaben der Landessanitätsdirektion im engeren Sinn werden hauptsächlich von den AmtsärztInnen des Dezernats I wahrgenommen.



Die Münchmerin Sigrid Gareis übernahm die künstlerische Leitung des Tanzentrums im Museumsquartier. Foto: Votava / PID

Johannes Heesters erhielt den Ehrenring der Stadt Wien von Kulturstadtrat Dr. Marboe überreicht. Foto: Votava / PID





Der Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen Dr. Sepp Rieder und Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz präsentieren in der Schule 2., Czerninplatz 3, das Wiener Zahngesundheitsprojekt. In diesem Rahmen sollen Kinder in den Kindertagesheimen und Volksschulen von Leopoldstadt und Brigittenau spielerisch zu gesünderem Verhalten in puncto Zahngesundheit unterrichtet werden.

Foto: Votava / PID

Der international angesehene Herzchirurg o.Univ.-Prof. Dr. Ernst Wolner erhielt das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreicht.

Foto: Rohmoser / media wien



Dezernat I – Medizinische Angelegenheiten

In ihrer Funktion als Wiener Landessanitätsdirektorin ist die Abteilungsleiterin auch Mitglied im **Landessanitätsrat für Wien**. Im Berichtsjahr fanden neben den konstituierenden Sitzungen für die Funktionsperiode 2000 bis 2003 weitere zwei Sitzungen statt, in denen Referate für insgesamt fünf Primariate abgehalten wurden und nach eingehender Beratung jeweils ein abschließendes Gutachten mit der Reihung der Bewerber an den Herrn Bürgermeister erteilt wurde. Die Landessanitätsdirektorin wurde wiederum zur Vorsitzenden des Landessanitätsrats gewählt.

Das bundesweite **Kollegium der Landessanitätsdirektoren** tagte im Berichtsjahr in drei Konferenzen: Insgesamt wurden zahlreiche aktuelle Themen des Österreichischen Gesundheitswesens behandelt, darunter die Vorgangsweise beim Auftreten von Seuchen wie viralem hämorrhagischen Fieber, die Handhabung der Sanitären Aufsicht in Österreichs Krankenanstalten und Maßnahmen zur Unfallverhütung auf Österreichs Straßen. Darüber hinaus fand ein wiederholter Erfahrungsaustausch über die Fortschritte des Impfkonzpts des Bundes statt, das den hohen Durchimpfungsgrad der Bevölkerung fördert. Auch die Amtsärzte-Ausbildung, das Physikate, war allen Landessanitätsdirektoren ein besonderes Anliegen.

Neben zahlreichen repräsentativen Aufgaben in **Vertretung der Stadtverwaltung** wie Diplomfeiern, Amtseinführungen, Ehrenzeichenvergaben u. Ä., nahmen die Landessanitätsdirektorin bzw. ihre Vertreter auch an medizinischen Tagungen, Kongressen etc. teil. Insgesamt wurde im Berichtsjahr 2000 an ca. 250 Veranstaltungen teilgenommen.

Die Landessanitätsdirektorin ist derzeit in 23 **Gremien** wie dem Impfausschuss des Obersten Sanitätsrats, dem Katastrophenbeirat, an 2 verschiedenen Ethikkommissionen, der Bauoberbehörde, der Ärztekommision beim Militärkommando Wien, der Theaterkommission etc. als Mitglied oder Vorsitzende nominiert. Als solche nahm die Frau Landessanitätsdirektorin persönlich an 56 Arbeitssitzungen teil, weiters wurde sie von den Amtsärzten des Dezernats I bei 40 anderen Terminen vertreten.

Im Rahmen der Ärztekommision beim Militärkommando Wien wurde über die Anträge von 18 Ärzten auf Aufschub vom Militärdienst bzw. Kaderübungen befunden, davon wurde für 7 Ärzte ein öffentliches Interesse gemäß § 36 a Abs. 1 Zi. 1 des Wehrgesetzes 1990 anerkannt.

Einer der wichtigsten Hauptaufgaben der Landessanitätsdirektion, nämlich der **Beratung in allen wichtigen das Land Wien betreffenden Gesundheitsfragen**, wurde im Berichtsjahr sehr großes Augenmerk gewidmet:

Es wurden über 50 umfassende Beratungen zu den verschiedensten gesundheitsrelevanten Themen, sowohl an den/die amtsführende/n Stadtrat/Stadträtin als auch an andere magistratsinterne und -externe Stellen verfasst. Die wichtigsten darunter waren:

- Bestrebungen zur Erweiterung der Hospizeinrichtungen im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien
- Projektfinanzierung von verschiedenen Kinderhilfseinrichtungen anlässlich der Fondsauflösung des Kinderspitals Glanzing
- Schließen von Impflücken bei Schwesternschülerinnen
- Vereinheitlichung des Influenza-Meldesystems in Österreich
- der geplante universitäre „Public Health – Öffentlicher Gesundheitsdienst“-Lehrgang
- laufende Beiträge zur Meinungsbildung im Impfausschuss des Obersten Sanitätsrats, so zu unerwünschten Nebenwirkungen der TicoVac-Impfung
- kostenlose Schutzimpfungen für freiwillige Helfer
- Mitarbeit zur Meinungsbildung auf Landesebene anlässlich des Erlasses „Organisatorische Maßnahmen bei Auftreten von viralem hämorrhagischen Fieber und Lungenpest“ und Beitrag zum Thema „PSA als generelles Screening“ im Rahmen der Vorsorgeuntersuchung

Besonders erwähnenswert ist die Bildung einer **Arbeitsgruppe** in der Landessanitätsdirektion zur Installierung eines österreichweiten „**Influenza-Meldesystems**“, mit deren Leitung die Landessanitätsdirektorin vom Obersten Sanitätsrat beauftragt wurde. Das erwähnte Ziel, das der Arbeitsgruppe vorgegeben wurde, entspricht den WHO-Richtlinien für nationale Influenza-Pandemiepläne, als Teil des internationalen Influenza-Überwachungssystems der WHO. Es wurde seitens der Arbeitsgruppe empfohlen, das in Wien und Graz seit Jahren existierende und gut funktionierende „Grippe-Meldesystem“ zu vereinheitlichen und zunächst auf zwei weitere Bundesländer, Oberösterreich und Tirol, zu erweitern. In einem 1. Schritt schon ab Herbst 2000 sollten bestimmte Erkrankungszahlen der Gebietskrankenkassen und Erkrankungszahlen aus dem Bereich des Österreichischen Bundesheeres gesammelt und wöchentlich an die Influenza-Referenzzentrale an die Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalt Wien (BBSUA) übermittelt werden. Dies fand unter laufender Beratung und Unterstützung der Sanitätsdirektionen der drei Bundesländer seitens der Wiener Landessanitätsdirektion statt und konnte auch größtenteils im Berichtsjahr umgesetzt werden. In weiterer Folge ist die Evaluierung der Ergebnisse und die Ausarbeitung weiterer Empfehlungen für das vereinheitlichte Meldesystem geplant.

Die Amtsärzteausbildung und im Speziellen das Physikate ist, wie schon erwähnt, ein wichtiges Anliegen der Landessanitätsdirektion. Die Landessanitätsdirektorin bzw. ihre Vertreterin nimmt den Vorsitz der **Physikatsprüfungskommission** bei den gesetzlich vorgeschriebenen und geregelten Prüfungen wahr. Weiters wurde im Berichtsjahr ein seit langem fälliges Curriculum des Physikatskurses in Wien erstellt, darüber hinaus wurden anschließend Verbesserungs-

vorschläge ausgearbeitet und den Vortragenden unterbreitet. Zusätzlich setzte sich die Wiener Landessanitätsdirektion intensiv mit den Physikatscurricula aus Graz und Innsbruck auseinander und hielt die vergleichenden Studien als Meinungsbildung und Vorarbeit zu einer bundesweiten Vereinheitlichung des Physikatskurses fest.

Ein weiterer wichtiger Tätigkeitsbereich der Wiener Landessanitätsdirektion ist die Patronanz bzw. **Koordination von länderübergreifenden medizinischen EU-Projekten**: Auf Initiative der Magistratsdirektion EU-Förderungen wurde von der Wiener Landessanitätsdirektion eine Arbeitsgemeinschaft mit der Technischen Universität Wien-Biomedizin eingerichtet, um der Stadt Wien die Teilnahme an medizinischen EU-Projekten und am Europäischen Netzwerk „Public Health Medicine“ zu ermöglichen. Im Berichtsjahr wurde hauptsächlich an Projekten zu den Themen „Umwelt und Gesundheit“ (HEMAS-Projekt) und „Alternde Bevölkerung, Neuroscience“ (3 Projekte in Kooperation mit Herrn Univ.-Prof. Dr. Jellinger und Herrn Univ.-Prof. Dr. Binder) gearbeitet.

Weiters wurde unter der Leitung der Wiener Landessanitätsdirektion in Zusammenarbeit mit dem EU-Beauftragten der MA 15 – Gesundheitswesen ein **Symposium „Gesundheitskooperation Wien-Bratislava“** organisiert, welches Ende des Jahres 2000 in Bratislava unter der Patronanz des Bürgermeisters für Wien, Herrn Dr. Häupl, und des Bürgermeisters von Bratislava, Herrn Dr. Moravcik, stattgefunden hat. Das Symposium war ein voller Erfolg: Es wurden viele Kontakte geknüpft und weitere Veranstaltungen, teils in Wien, teils in Bratislava, mit verschiedenen Themen, die für beide Seiten von großem Interesse sind und eine intensive Zusammenarbeit erfordern, vereinbart.

In der Bewältigung der zahlreichen Aufgaben litt das Dezernat I der MA-L unter einem eklatanten Personalmangel. Für die Erfordernisse der Landessanitätsdirektion in ihren übergreifenden Tätigkeitsbereichen ist zwecks Erweiterung des entsprechenden medizinisch-sozialen Horizontes eine intensive Weiterbildung notwendig. Die AmtsärztInnen des Dezernates I bildeten sich dementsprechend im Berichtsjahr überdurchschnittlich weiter: Es wurde an ca. 80 Fortbildungsveranstaltungen (im Gesamtausmaß von 657 Stunden) teilgenommen, ca. die Hälfte davon außerhalb der Dienstzeit.

Dezernat II – Gesundheitsplanung

Die MA-L ist weiters in den Bereichen **Gesundheitsberichterstattung**, Gesundheitsplanung und Gesundheitsförderung tätig. Diese Aufgabenbereiche werden vom Dezernat II wahrgenommen.

Im Rahmen der **Gesundheitsberichterstattung** wurde der Wiener Gesundheitsbericht 2000 erstellt und publiziert. Ziel des Berichts ist die umfassende statistische Information über die Gesundheitsentwicklung in Wien, wobei diesmal die Themen „Gesundheit von SeniorInnen“ und „Allergien“ die Schwerpunkte darstellten.

Zudem erschienen in der Schriftenreihe „Statistische Mitteilungen zur Gesundheit in Wien“ zwei Hefte. Dabei widmete sich die Ausgabe 2000/1 dem Thema „Entwicklungsverlauf risikogeborener Kinder“, das Heft 2000/2 hatte „Herz-Kreislauf-Erkrankungen in Wien“ zum Inhalt.

Weiters wurde der „Wiener Kindergesundheitsbericht 2000“ veröffentlicht, in dem Datengrundlagen zur Gesundheit der Wiener Kinder aufbereitet wurden. Die Ergebnisse der Berichte wurden in Veranstaltungen und Vorträgen vorgestellt.

Im Bereich der **Gesundheitsplanung** wurde im Jahr 2000 die neue Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 15a B-VG zur Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenhausfinanzierung für die Jahre 2001 bis 2004 für Wien vorbereitet. Als wesentlicher Bestandteil wurden neue Richtlinien für die Gesundheitsplanung sowie eine systematische Qualitätsarbeit festgelegt. Der Österreichische Krankenanstalten- und Großgeräteplan 2001 ist nun ebenfalls Teil der Art. 15a-Vereinbarung.

Bei der Erstellung einer Machbarkeitsstudie „Patientenorientierte integrierte Krankenbetreuung in Wien“ wirkte die MA-L in der Projektsteuerung wesentlich mit. Vier Veranstaltungen dienten dem Aufbau des Wiener Informationsnetzwerks „Gesundheitsförderung in Wiener Spitälern und Pflegeheimen“.

Nachdem im März 2000 das Wiener Gesundheitsförderungsprogramm mit den Schwerpunkten „Haltungsschäden vermeiden“, „Kampf den Herz-Kreislauf-Erkrankungen“ und „Gesunde Ernährung“ vom Gemeinderat beschlossen wurde, konnte mit der Umsetzung begonnen werden. Das Referat **Gesundheitsförderung** initiierte ab Herbst das Projekt „Bewegtes Lernen“ in Volksschulen, bei dem in 30 Projektklassen speziell ausgebildete Lehrer Bewegungsangebote intensiv in den Unterricht integrieren. In den nächsten drei Schuljahren sollen jeweils 25 Schulklassen zum Projekt dazustoßen. Das Projekt wird umfassend wissenschaftlich evaluiert.

Für das **Programm „Ein Herz für Wien“** fanden im Jahr 2000 die Vorbereitungsarbeiten für die Startveranstaltungen im Jänner 2001 statt, des Weiteren wurden eine Broschüre „Mein Herz – Ein persönlicher Ratgeber“ und eine Homepage (www.wien.at/herz/) produziert. Das im Mai 2000 gegründete „Netzwerk Ernährung“ unterstützt seine Mitglieder in der Beschaffung und Einschätzung von Informationen, bietet Fortbildungen für Multiplikatoren an und hat primär die Qualitätssicherung der angebotenen Ernährungsinformation zum Ziel.

Im Bereich **Unfallverhütung** wurden 2000 die Schwerpunkte aus dem Vorjahr fortgesetzt: Die Initiative „Sicher gehen über 60“ zielt auf die Reduktion von Seniorenunfällen ab und konnte in einer Zwischenevaluierung erste ermutigende Ergebnisse vorweisen. Das Projekt „Josefstadt – ganz schön sicher“ spricht alle Zielgruppen an, beschränkt sich dabei aber auf den 8. Wiener Gemeindebezirk.

In einigen Bereichen fanden **Kooperationsprojekte** mit anderen Partnern statt, so im Pilotprojekt „Zahngesundheitsförderung in Wiener Schulen und Kindergärten im 2. und 20. Bezirk“ gemeinsam mit der MA 15 und der Wiener Gebietskrankenkasse, bei einer Hepatitis-B-Informationsoffensive speziell für MigrantInnen gemeinsam mit dem Büro der Wiener Frauengesundheitsbeauftragten und bei der Entwicklung einer interaktiven CD-ROM für 14- bis 15-jährige SchülerInnen zu den Themen Gesundheitsförderung, Gesundheitswesen und Sozialversicherung, gemeinsam mit der Wiener Gebietskrankenkasse und dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger.

Schwerpunkt der Tätigkeit des WHO-Projekts „Wien – Gesunde Stadt“ war der Abschluss der 1. Phase des Projekts „Wiener Netzwerk – Gesundheitsfördernde Schulen“. Dazu fand am 17. 5. 2000 eine große Abschlussveranstaltung im Rathaus statt. Am Vormittag überreichten der Gesundheitsstadtrat und der Wiener Stadtschulratspräsident Urkunden an alle beteiligten Projektschulen und eröffneten eine Ausstellung mit künstlerischen Beiträgen der SchülerInnen, am Nachmittag fand ein Kinderfest für die Projektschulen im Festsaal des Wiener Rathauses mit 300 Kindern statt. Parallel dazu hielt das WHO-Projekt im Wappensaal eine Enquete zum Thema „Gesundheit auf dem Weg in die Schule“ ab. In der Folge bekundeten mehr als 100 Schulen ihr prinzipielles Interesse an der Mitarbeit in diesem Netzwerk.

Wien nimmt seit 1988 am Gesunde-Städte-Projekt der WHO teil, in dessen Rahmen es mit der Weltgesundheitsorganisation und ca. 40 Partnerstädten zusammenarbeitet. Das Treffen der Städte fand diesmal Anfang Juni 2000 in Horsens, Dänemark, statt. Wien präsentierte seine Vorhaben im Bereich des Gesundheitsförderungsprogramms. Ein anderes internationales Programm, an dem die Stadt Wien maßgeblich mitwirkt, ist das Projekt der Europäischen Kommission „Mégapoles“, eine Partnerschaft der Hauptstädte der EU-Mitgliedsstaaten in den Bereichen Gesundheitsförderung und öffentliche Gesundheit. Die Ergebnisse wurden bei einer internationalen Enquete im Juni 2000 öffentlich vorgestellt.

Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)

Der Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) konnte im Jahr 2000 wesentliche Strukturveränderungen und Verbesserungen umsetzen und ist somit seiner Verpflichtung, der Bevölkerung ein hervorragendes Spitals- und Pflegeheimangebot zu bieten, nachgekommen.

Annähernd 31.900 MitarbeiterInnen haben für das Wohl von rund 382.000 stationären PatientInnen (+ 1,3 % im Vergleich zu 1999) und zur Pflege anvertrauten MitbürgerInnen gesorgt. Dabei wurde der schnellen Entwicklung in der Medizin voll Rechnung getragen und die durchschnittliche Verweildauer der PatientInnen weiter gesenkt. Viele diagnostische Maßnahmen und medizinische Behandlungen, die noch vor nicht allzu langer Zeit einen mehrtägigen Spitalsaufenthalt notwendig machten, können nun im Rahmen eines kürzeren Spitalsaufenthaltes bis hin zum Eintagesaufenthalt (+ 8,4 % gegenüber 1999) durchgeführt werden, ein Umstand, der sehr zur Zufriedenheit der PatientInnen beigetragen hat.

Gesamtbericht

Der KAV wird aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses mit 1. Jänner 2002 zur **Unternehmung im Sinne des § 71 Wiener Stadtverfassung**. Damit konnte wahrscheinlich die größte Verwaltungsreform seit 1945 beschlossen werden. Der künftige Spitalskonzern mit rund 32.000 MitarbeiterInnen und einem Jahresbudget von zirka ATS 31 Mrd. wird zwar auch in Zukunft Teil des Wiener Magistrats bleiben, bekommt aber zusätzliche Selbstständigkeit und Eigenverantwortung unter Bedachtnahme auf die finanziellen Rahmenbedingungen übertragen. So kann über ein Budget, das über einen Zeitraum von fünf Jahren festgelegt wird, freier verfügt und über Investitionen rascher entschieden werden. Damit folgt die Stadt Wien einem europaweiten Trend, dem gemäß die Spitäler als patientenorientierte Dienstleistungsunternehmen geführt werden. Dadurch soll einerseits den steigenden qualitativen Ansprüchen und andererseits den knapper werdenden finanziellen Rahmenbedingungen entsprochen werden. Die Neustrukturierung des KAV ist die Grundlage für ein zukunftsorientiertes Wiener Spitalswesen, das den Herausforderungen der nächsten Jahre gewachsen ist.

Auch in Zukunft wird der Patient im Mittelpunkt des Versorgungsauftrags des KAV stehen. Durch geplante interne Umstrukturierungsmaßnahmen wird eine Erhöhung der MitarbeiterInnenmotivation und eine Verschiebung der Verantwortung näher an den Ort des Leistungserbringers erwartet. Die Servicequalität und Patientenzufriedenheit werden dadurch gesteigert.

Am 10. November 2000 wurden mit den ÄrztInnen des KAV die **Gehaltsverhandlungen** erfolgreich abgeschlossen. Künftig wird es für ÄrztInnen (ausgenommen TurnusärztInnen) ein eigenes Gehaltsschema geben, das die einzelnen Ausbildungsstufen (Arzt/Ärztin für Allgemeinmedizin, Facharzt/-ärztin) entsprechend honoriert. Das Übereinkommen beinhaltet jedoch auch Neuregelungen für eine flexiblere bedarfsgerechtere Gestaltung der ärztlichen Dienstzeiten, eine Neuordnung der Nachtdienste mit höherer Bedarfsgenauigkeit, die Einbehaltung eines Infrastrukturbeitrags von den Sonderklassenhonoraren der ÄrztInnen und eine Ausbildungsoffensive für TurnusärztInnen.

Ein Projekt **Eignungsverfahren zur Aufnahme von diplomierten Krankenpflegepersonen an Intensivstationen** konnte mit der Evaluierung und Schulung des Verfahrens abgeschlossen werden. Ziel war und ist es, die Fluktuation im Intensivbereich zu verringern und die Durchdringungsquote für das Pflegepersonal mit Sonderausbildung zu erhöhen. Derzeit beträgt der Durchdringungsgrad mit Stand vom Juni 2000 62,6 %. Geplant ist, auch aufgrund der Bestimmungen des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes, den Durchdringungsgrad in den nächsten 3 Jahren auf 70 Prozent zu erhöhen.

Nachdem die Evaluierung der Universitätslehrgänge für leitendes und lehrendes Krankenpflegepersonal planmäßig abgeschlossen werden konnte, erfolgte im Arbeitsjahr 2000 die Entwicklung einer Standardevaluierung für den **Universitätslehrgang** für lehrendes Krankenpflegepersonal. Weiters wurde das Curriculum für den multiprofessionellen Universitätslehrgang „Management für Gesundheits- und Krankenhauswesen“ entwickelt, welcher den Universitätslehrgang für leitendes Krankenpflegepersonal ersetzt.

Als wesentlicher Meilenstein in der Organisationsentwicklung der technischen Einrichtungen des KAV kann die mit Anfang 2000 erfolgte Festlegung über das **Technikstrukturkonzept** des KAV angesehen werden. Durch die Einführung einer neuen Form der Leistungsdokumentation für die technischen Einrichtungen konnten Auswertungen durchgeführt werden, die die Wirtschaftlichkeit von Eigenleistungen bzw. den Vergleich mit fiktiven Fremdkosten beispielhaft ermöglichten. Diese Dokumentation wird weiter geführt.

Das zweite Highlight im Jahr 2000 war die Umsetzung des Investitionsplans des KAV. Es ist heuer wieder gelungen, die im Voranschlag präliminierte Budgetzahl für Investitionen 100 %ig auszuschöpfen.

Im Rahmen der zentralen Koordination des **EDV-gestützten Ausschreibungs- und Vergabewesens (WinISBA)** für alle bau- und haustechnischen Bereiche des KAV wurden in Zusammenarbeit mit den zuständigen KAV-EDV-Bereichen sämtliche dezentrale technische Einheiten von ABK5 auf das neue WinISBA umgestellt. Dabei mussten ca. 100 Arbeitsplätze installiert und die jeweiligen NutzerInnen (interne und externe Nutzer) geschult werden. Darüber hinaus wurde ein WinISBA Handbuch erstellt sowie Fehler bei der Installation des Programms behoben.

Im Jahr 2000 wurde im **Fachbereich Nachrichtentechnik** eine Organisationsänderung vorbereitet, welche sich aus der vom KAV in Auftrag gegebenen Studie „Organisationskonzept für die Nachrichtentechnik Krankenanstaltenverbund“ ergeben hat. Dabei werden zunächst zentrale Systemspezialisten sowie eine zentrale Planung und Betriebsführung für das Sprachnetz eingeführt, um das für die künftige Entwicklung der Kommunikationstechnik im KAV notwendige Spezialistenwissen zur Verfügung stellen zu können. Weiters soll dadurch auch eine wirtschaftliche Optimierung der Investitionen und der Instandhaltung der Kommunikationstechnik erreicht werden.

Das Gesundheitsbewusstsein fängt beim **Umweltschutz** an. Hier nur ein kleiner Auszug der Maßnahmen des Jahres 2000:

- vermehrter Einkauf biologischer Lebensmittel in den Küchen des KAV
- vermehrter Einkauf ökologisch besserer Wasch- und Reinigungsmittel in den Anstalten des KAV
- Fortsetzung der Arbeiten zur Einführung von Umweltmanagement

Im Jahr 2000 wurden in den Krankenhäusern und Pflegeheimen des KAV 36 Projekte von den MitarbeiterInnen der Stabsstelle OE beraten. Diese Projektberatungen bezogen sich schwerpunktmäßig auf die Etablierung und Betreibung der Qualitätsarbeit in den Krankenanstalten und Pflegeheimen, auf Projekte mit Schwerpunkt Prozessorientierung sowie auf Projekte einer strategischen Organisationsentwicklung. Diese Beratungsleistungen umfassten die Unterstützung der ProjektleiterInnen und AuftraggeberInnen bei der gesamten Projektplanung, bei der methodischen Beratung der Projektdurchführung sowie bei der Moderation einzelner Gruppen.

Ein Schwerpunkt im Arbeitsjahr 2000 war die Organisation und Durchführung des **5. Internationalen Symposiums Qualität im Gesundheitswesen „Qualität bewegt“**, welches in der Zeit vom 13. bis 15. November 2000 im Wiener Rathaus stattfand. Die Inhalte des Symposiums spannten einen breiten Bogen von den Ansätzen der Qualitätsarbeit bis hin zu Prozessmanagement, PatientInnenorientierung und New Public Management. In Vorträgen und vertiefenden Workshops wurden Trends der Qualitätsarbeit vermittelt und diskutiert. Es konnten Referenten aus Österreich, Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz gewonnen werden.

Durch den Bildungsanbieter Referat Bildungsmanagement konnten im Jahr 2000 insgesamt 2.534 Einladungen an MitarbeiterInnen des KAV ausgesprochen werden (davon 1.594 Frauen, das sind 63 %), die an insgesamt 10.497 Tagen Seminare und Bildungsveranstaltungen aus dem Angebot des Referats bzw. weitere Veranstaltungen besuchen konnten.

Auch 2000 konnte eine **Managementausbildung** in Form des 36. Wirtschaftsuniversitäts-Lehrgangs gestartet werden. Insgesamt 26 Führungskräfte bzw. Nachwuchskräfte für das Management werden bis zum Jahr 2003 im Rahmen dieser Förderung des KAV für Managementaufgaben unterstützt. Derzeit laufen weitere 2 Lehrgänge, die 2001 bzw. 2002 enden werden. Ein multifunktionaler/interdisziplinärer Managementlehrgang an der Universität Wien, Institut für Soziologie, für das „Management im Gesundheits- und Krankenhauswesen“ wird unter Mitwirkung der Generaldirektion entwickelt und vorbereitet (voraussichtlicher Start: Frühjahr 2002).

Zu den wesentlichsten verwaltungstechnischen Aufgaben im Jahr 2000 zählte auch die verantwortliche, inhaltliche Begleitung des **Projekts SAP** einschließlich Betreuung jener Anstalten, in denen das Softwareprodukt SAP – Bereiche Finanz, Controlling Haushaltsmanagement, Materialwirtschaft, Instandhaltung – eingeführt wurde. Parallel dazu wurden alle jene Maßnahmen fortgesetzt, die aus finanztechnischer Sicht für die in Aussicht genommene Umstrukturi-

rierung des KAV in Richtung einer Unternehmung notwendig sind (Vorbereitung der Einführung der Doppischen Buchhaltung, Voranschlag versus Wirtschaftsplan usw.).

In diesem Jahr wurde eine Inter/Intranetlösung verwirklicht, die es den Führungskräften des KAV ermöglicht, betriebsrelevante Daten der Themenbereiche Personal, Leistung, Kapazität und Finanz über das Intranet abzurufen. Diese Lösung umfasst, basierend auf den mit den Krankenhausverantwortlichen vereinbarten Zielen, ein vollständiges Monitoring der steuerungsrelevanten Parameter. Darüber hinaus sind im Krankenhauswesen übliche Kennzahlen, die monatlich aktualisiert werden, Bestandteil des Systems. Alle Informationen sind den derzeit ca. 300 berechtigten MitarbeiterInnen zugänglich.

Akut-Krankenanstalten

Das **Wiener Brustkrebs-Vorsorgeprogramm** läuft seit Anfang Dezember 2000. Der KAV ist durch die Mitwirkung seiner Radiodiagnostischen Einrichtungen in den Schwerpunktkrankenanstalten und den Standardkrankenanstalten aktiv am Projekt beteiligt. Die Präsentation der ersten Zwischenergebnisse erfolgt Ende Februar.

Eine Machbarkeitsstudie des **Projekts Personalplanung** für ärztliches und medizinisch-technisches Personal (MTD) wurde im Jahr 2000 begonnen. Das bestehende Konzept wurde hinsichtlich der Umsetzbarkeit an 4 Abteilungen (2 interne, 2 chirurgische Abteilungen) sowie in 6 Arbeitsbereichen des MTD-Bereichs untersucht. Das vollständige Ergebnis wird Ende Februar 2001 vorliegen.

Das **Projekt „Restrukturierung der AKH-Informationssysteme“**, das die komplette Neugestaltung und Einführung einer Software für PatientInnensteuerung, Befunddokumentation sowie umfassende Möglichkeiten für die Wissenschaft und Lehre umfasst, wurde nach intensiven Vorbereitungsarbeiten nach Gemeinderatsbeschluss im Dezember gestartet.

Die Vorbereitungsarbeiten für den **Einsatz einer Standardsoftware** für den kaufmännischen Bereich wurden abgeschlossen. Die Software wurde im Jänner 2000 im Gottfried v. Preyer'schen Kinderspital und im Mai 2000 im Kaiser-Franz-Josef-Spital und der Krankenanstalt Rudolfstiftung erfolgreich eingesetzt. Der Einsatz zum Jahreswechsel 2000/2001 in weiteren Anstalten wurde vorbereitet. In Hinblick auf die speziellen Bedürfnisse des KAV als Unternehmung beteiligt sich der KAV maßgeblich an der Weiterentwicklung der betriebswirtschaftlichen Standardsoftware im Krankenhausbereich.

Ein weiterer Schwerpunkt betraf die verantwortliche Vorbereitung aller Neuerungen im LKF-System (leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung) für das Jahr 2001, wobei hier die Einführung des neuen Diagnoseschlüssels ICD 10 im Vordergrund stand. Umfassende Informationen und Schulungen wurden diesbezüglich durchgeführt, um einen reibungslosen Einsatz per 1. 1. 2001 zu gewährleisten.

Pflegeheime des KAV

Die Übernahme des SMZ Floridsdorf – Geriatriezentrum erfolgte vom Generalplaner an den KAV per 1. 12. 2000. So konnte der Probetrieb am 1. 12. 2000 aufgenommen werden. Die ersten PatientInnen werden ab 8. 1. 2001 betreut.

Im Auftrag von Herrn Stadtrat Dr. Rieder wurde das Österreichische Institut für Gesundheitswesen (ÖBIG) vom KAV und von der MA-L beauftragt, einen Pflegeheimplan zu erstellen. Ziel ist es, aufbauend auf den bereits vorhandenen Datenmaterialien des Jahres 2000 Grundlagen für eine zielgerichtete Weiterentwicklung der Angebotsstruktur der Pflegeeinrichtungen zu liefern. Diese soll bedarfs- und bedürfnisgerecht ausgestaltet sein. Mit der Weiterentwicklung des Angebots der Pflegeeinrichtungen in eine abgestufte Versorgungsstruktur, die gezielt auf den Bedarf unterschiedlicher Personengruppen ausgerichtet ist, sollen die Qualität der Betreuung verbessert und die Effektivität und die Effizienz der Betreuung etwa hinsichtlich des Personal- und Mitteleinsatzes erhöht werden. Die geplante Fertigstellung ist mit September 2001 festgesetzt.